

Planken: Händler übergeben Forderungskatalog an Stadt

„Jeden Tag Kontrolle auf der Baustelle“

Von unserem Redaktionsmitglied
Roger Scholl

Es ist eine lange Liste, die die Händler jetzt der Stadt vorlegen wollen – und weit oben steht darauf der Wunsch nach einer Art „Oberbaufaufsicht“ – nach einem Fachmann, „der jeden Tag die Arbeiten auf der Baustelle kontrolliert“ und dabei das Vorankommen fest im Blick hat. Der Forderungskatalog, den Handelsverband und Werbegemeinschaft nach einem Treffen mit 50 Anliegern zusammenstellten, verfolgt ein Ziel: die Auswirkungen des Planken-Umbaus auf die Betroffenen möglichst abzumildern.

Regelmäßige Treffen erwünscht

„Baustellen-Optimierung“, so umschreibt Handelsverbandspräsident Manfred Schnabel den Wunsch nach einem möglichst schnellen Aufholen der Verzögerungen auf der Einkaufsmeile, hat bei allen Anliegern jetzt höchste Priorität. Dazu gehört für die Händler auch die „offene, korrekte und zeitnahe Information zur Baustelle“, so Lutz Pauels, der Chef der Werbegemeinschaft. Auch die Koordination zwischen den Bauherren – also Stadt, RNV und MVB – sei „verbesserungswürdig“. Zudem wünsche man sich ab sofort regelmäßige Treffen mit der Stadtspitze, um wichtige Fragen zum Umbau zu behandeln. Auf der langen Liste stehen weitere Punkte, etwa die Verbesserung der Planken-Querungen, „mehr und breitere Stege sind da gemeint“, erläutert Pauels.

Alle Forderungen haben ein großes Ziel: Das für alle so entscheidende Weihnachtsgeschäft darf nicht in die Baugrube fallen. „Der Termin 19. November muss stehen, ab da müssen die Bahnen wieder fahren“, streicht Pauels noch mal heraus.

„und ab der Woche darauf muss die Baustelle bis Mitte Januar ruhen“. Diese Wiederaufnahme des Verkehrs – auch das ist eine der Forderungen – soll mit einer langen Shopping-Nacht gefeiert werden. Sie gehört zu den Marketing-Aktivitäten, die die Händler ebenfalls in ihren Katalog aufgenommen haben. Neben der Shopping-Nacht wünschen sie sich dabei etwa einen zweiten verkaufsoffenen Sonntag.

Die Frage nach möglichen Entschädigungsforderungen sparte die Anlieger-Runde auf ihrer Liste nicht aus – Schnabel: „Wir brauchen einen qualifizierten Ansprechpartner bei der Stadt, an den die Betroffenen ihre Anträge stellen, sei es in Sachen Entschädigung, Zuschüsse oder Rücknahme von Gebühren.“ Den Vorstoß der CDU, der ja ebenfalls auf mögliche Entschädigungen abzielt (wir berichteten), kommentierte der Verbandschef so: „Der Antrag lässt darauf schließen, dass unser Anliegen Unterstützung finden wird.“

Die Position der Stadt in der Entschädigungsfrage erläutert Roll-Martin Kögel, der stellvertretende Rechtsamtsleiter, auf Anfrage: „Ein Rechtsanspruch der Anlieger würde voraussetzen, dass wir die Baumaßnahme unverhältnismäßig betreiben, dass man die Arbeiten schneller und mit weniger Auswirkungen auf Betroffene erledigen könnte.“ Modernisierungen müssten Anlieger dagegen dulden. Die Möglichkeit einer Entschädigung bestehe zudem dann, wenn ein Händler von den Arbeiten so stark betroffen ist, dass seine Existenz gefährdet wird. „Die Baumaßnahme muss ursächlich sein für den Umsatz-Rückgang, und das muss auch nachgewiesen werden durch Offenlegung der Bücher.“ Solche Zahlen seien bisher noch in keinem Fall vorgelegt worden.



Erkennen Sie Mannheim? – Folge 116

Eine markante Kreuzung – konzentrieren Sie sich auf den Flachbau. Wenn Sie wissen, wo das Foto der Rätselliste 116 zu verorten ist, schreiben Sie eine E-Mail an erkennen@mamo.de und nennen Namen, Anschrift, Telefonnummer, Stichwort „Erkennen Sie Mannheim? Folge

116“, und – wenn Sie wollen – erzählen Sie uns Ihre Geschichte dazu. Oder schreiben Sie an „MM“, Lokalredaktion, Dudenstraße 12-26, 68167 Mannheim. Unter den Einsendern verlosen wir Bücher unseres Kooperationspartners Stadthistorisches Institut für Stadtgeschichte. Ein-

sendeschluss ist am Samstag. Die Gewinner werden am Dienstag benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. [scho \(ILD.ILD.DE\)](mailto:scho@ild.ild.de)

Alle Teile dieser Serie unter morgenweb.de/erkennen-sie-mannheim

Caritas: Schulungszentrum der „ad laborem“ und katholische Familienbildungsstätte beziehen neue Räume

Neuer Standort fördert die Zusammenarbeit

Die Katholische Familienbildungsstätte des Caritasverbands Mannheim und der Bereich Bildung und Integration der „ad laborem GmbH“ sind umgezogen: Die beiden Einrichtungen sind nun an einem gemeinsamen Standort in L 2, 7-8, zu finden. Die Familienbildungsstätte war bisher im Haus der katholischen Kirche in F 2 untergebracht, wo sie weiterhin einige Schulungsräume behält, unter anderem für Integrations- und Sprachkurse. Das Schulungszentrum

der „ad laborem“ war bisher auf der Vogelstang und ist nun in der zentralen Innenstadt-Lage deutlich besser erreichbar, wie es heißt.

Mit der gemeinsamen Adresse soll die Verknüpfung von Arbeit und Sprachunterricht verbessert werden. Der neue Standort biete auf 1200 Quadratmetern Schulungs-, Besprechungs-, Büro- und Computerräume in unterschiedlichen Größen, schreibt der Caritasverband. „Wir hätten uns keine besseren Räu-

me vorstellen können“, sagt Caritas-Vorstand Roman Nitsch. „Wir sind dem Vermieter, der Ernst-Ludwig-Seibert-Stiftung dankbar, dass wir die Räume zu Konditionen, die für uns leistbar sind, mieten konnten.“ Vormieter war die Industrie- und Handelskammer, die größere Räume in einem Neubau bezogen hat. Deren hochwertige Ausstattung konnten die neuen Mieter zu günstigen Konditionen übernehmen. Der Integrationsbetrieb „ad laborem“

unterstützt Menschen dabei, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Das Angebot umfasst Computerkurse, Kommunikationsworkshops, Budgetplanung, Bewerbungstrainings, Ausbildungscoaching, Hilfe bei der Stellensuche und mehr. Die Familienbildungsstätte veranstaltet Integrationskurse, einen interkulturellen Treff und ein Projekt für Mütter mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus gibt es Kurse für Familien. enaf.juk

Politik: Zwölfte Klasse der Integrierten Gesamtschule spielt Gesetzgebungsprozess nach

Einmal Parlamentarier sein

Von unserem Mitarbeiter
Felix Weber

Einmal selbst Abgeordneter sein und ein Gesetz beschließen. Diese Gelegenheit hatten jetzt 14 Schüler der Integrierten Gesamtschule Herzogenried (IGMH). Sie spielten zusammen mit Mitarbeitern der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) in Heidelberg das Planspiel „Bundestag macht Schule“ und konnten dabei den Weg einer Gesetzesvorlage im Parlament hautnah miterleben. Zur Debatte stand, ob Jugendlichen unter 18 Jahren der Kauf von Alkohol verboten werden sollte – ein Thema, an dem die 17- bis 19-Jährigen selbst nah dran sind.

Nach einer kurzen Begrüßung wurden die Schüler drei fiktiven Parteien zugeordnet und erhielten jeweils eine individuelle Rollenbeschreibung eines Abgeordneten. Um kurz nach neun begann dann die Parlamentsarbeit, originalgetreu mit der Wahl des Bundestagspräsidenten, Fraktions- und Ausschusssitzungen, Gesetzeslesungen und Änderungsanträgen.

Nach hitzigen Debatten einigten sich die zwei Regierungsparteien auf einen Änderungsvorschlag, der die bestehende Gesetzeslage unverändert ließ, jedoch deutlich strengere Vorgaben für Werbung für Alkoholika enthielt. Unter anderem müsse in Zukunft nach jeder Werbung ein kurzer Aufklärungspotential, ähnlich wie bei Glücksspielwerbung, auf Kosten der Firmen eingespielt werden. Auch soll unter dem Motto „Essen statt Biertrinken“ Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren das Trinken von hochprozentigem Alkohol in Gegenwart ihrer Erziehungsberechtigten weiter verboten bleiben. Wer-



Valentina Andreadou (r.) hält eine flammende Rede gegen den Gesetzesentwurf der Regierungsparteien. Links „Bundestagspräsident“ Christian Baumann. [BILD WEBER.NET](http://bild.weber.net)

bung dürfe zudem nicht suggerieren, dass Alkoholkonsum zu gesellschaftlichem oder sexuellem Erfolg führe.

„Ohne Mehrheit kann man nichts gegen die Regierungsparteien tun“ fasste der 17-jährige Roman Magni nach der Abstimmung das Los der Opposition zusammen. Die hatte bis zuletzt erfolglos in Ausschüssen und in einer Rede vor dem Plenum gegen die Änderungsentwürfe argumentiert – sie wollte, dass alles unverändert bleibt.

Guten Einblick bekommen

Den 18-jährigen Jakob Strammer hat das Planspiel überzeugt. „Ich fand es ganz interessant, man hat trotz der geringen Zeit einen guten Einblick bekommen.“ Die Schüler der IGMH hatten ein straffes Programm: Vor-

mittags spielten sie den Gesetzgebungsprozess im Bundestag nach, nachmittags berieten sie darüber abschließend im Bundesrat. Dafür übernahm jeder Schüler die Rolle eines Landesministers. „Durch den Einbau von Lobbyisten könnte man es noch realistischer gestalten“, fand ein Schüler in der Pause.

Lehrer Alexander Katz hat zum ersten mal ein Planspiel mit der LpB durchgeführt. Er überlegt sich, in Zukunft die gesamte Stufe einzubinden. Ihm ist wichtig, dass die Schüler „mit Kopf, Herz und Hand praxisnah statt nur nach Lehrbuch lernen“. Den 14 Schülern hat es auch gut gefallen. Von ihnen will zwar keiner später einmal in die Politik gehen, wie sie sagen. Sie fanden die Veranstaltung aber lehrreich und interessant, jedoch ein wenig zu lang.

ANZEIGE

Wir schließen zum 31. Juli.

Alles bis zu
70%
reduziert!

Über 5.600 Marken-Vintage-Brillen und über 3.100 Sonnenbrillen sowie Etuis, Ferngläser, Lupen, Pflegemittel...

KRAUSE OPTIK

Berliner Str. 11
Nähe Rosengarten
68161 Mannheim
Tel. 0621 / 155318